

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
die Schaffung eines bundesweiten Behindertenfonds**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese einen bundesweiten Behindertenfonds in Anlehnung an den bestehenden Pflegefonds einrichtet.

Begründung

Die LändersozialreferentInnenkonferenz hat bei ihrer Sitzung am 16. Mai 2014 auf Antrag Oberösterreichs die Forderung an den Bund nach Einrichtung eines Behindertenfonds, ähnlich des bereits bestehenden Pflegefonds, beschlossen. Dabei wurden Sozial- und Finanzminister von den SozialreferentInnen aufgefordert, Gespräche zur Schaffung eines Behindertenfonds analog zum Pflegefonds aufzunehmen, um die langfristige Finanzierung der Sicherung und des Ausbaus der Leistungen für beeinträchtigte Menschen unter Berücksichtigung der Zielsetzungen der UN-Behindertenkonvention zu gewährleisten.

Die unterzeichneten Abgeordneten beabsichtigen, dem Beschluss der LandessozialreferentInnenkonferenz zusätzlich Nachdruck zu verleihen. Es ist dringend notwendig, die qualitativ hochwertige Versorgung von Menschen mit Beeinträchtigungen mit entsprechenden Angeboten möglichst rasch auf finanziell langfristig tragfähige Beine zu stellen. Ein bundesweit bestehender Fonds, der aus klar definierten Quellen gespeist wird, ermöglicht, dass Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen überall in Österreich bedarfsdeckend bei einheitlich hohen Qualitätsstandards ausgebaut werden können.

Linz, am 10. Juni 2014

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Affenzeller, Bauer, Eidenberger, Müllner, Krenn, Rippl, Pilsner, Makor, Schaller, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer, Promberger, Röper-Kelmayr

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner